

Morgen Freitag, 22. 11. 2018

Letzte Chance für Lehrplan-Gegner

Bildung Am Wochenende befindet mit Graubünden der zehnte und letzte Kanton über Initiativen, die sich gegen den Lehrplan 21 wenden. Der Lehrerverband sieht das Projekt schweizweit auf Kurs, aber noch nicht im Ziel.

Dominic Wirth

Sie inszenieren sich als Retter der Volksschule, doch bisher haben die Lehrplan-21-Gegner mit dieser Strategie kaum etwas erreicht. In Graubünden bietet sich ihnen nun so etwas wie eine letzte Chance: Am Sonntag stimmen die Bündner über zwei Volksinitiativen unter der Überschrift «Gute Schule Graubünden» ab. Sie fordern mehr Mitsprache in Bildungsfragen – auch Lehrplänen – für Volk und Parlament und richten sich primär gegen den Lehrplan 21. In neun anderen Kantonen kamen verwandte Volksinitiativen, die in der einen oder anderen Form den neuen Lehrplan ins Visier nahmen, seit 2016 schon zur Abstimmung.

Das Resultat war stets dasselbe: Das Volk stützte den Lehrplan 21. Und das in aller Regel deutlich. Zuletzt etwa in Bern und Basel, wo die Lehrplan-Gegner jeweils nur ein knappes Viertel Ja-Stimmen für ihre Initiativen erreichten. Das hatte zuvor in zahlreichen anderen Kantonen ähnlich ausgesehen, im Aargau

etwa, in Thurgau oder St. Gallen. Einzig in Basel-Land, wo vor etwas mehr als zwei Jahren die erste Abstimmung stattgefunden hat, kamen die Initianten einem Ja mit 47,3 Prozent der Stimmen nahe. Dort feierten die Lehrplan-21-Gegner auch den einzigen Teilerfolg: Sie setzten den Verzicht auf Sammelfächer durch.

Die Ruhe nach dem Sturm

Es wäre eine Überraschung, wenn die Bündner sich nun gegen den landesweiten Trend stellen würden. Von den grossen Parteien spricht sich nur die SVP für ein Ja zu den beiden Initiativen aus. Marlies Klesse vom Initiativkomitee erinnert an das Bündner Ja zum Ausstieg aus dem Harmos-Konkordat vor zehn Jahren. «Das gibt uns Hoffnung, das Wunder zu schaffen», sagt Klesse. Der Lehrplan 21 ist für sie eine «Fehlentwicklung», weil «bewährte Strukturen wie Jahrgangsklassen aufgelöst und schlechte Konzepte wie das individualisierte Lernen eingeführt» würden. Zudem geht es in ihren Augen nicht an,

«Es gibt Kantone, die glauben, dass nun alles von selbst geht. Doch das tut es nicht.»

Beat W. Zemp
Zentralpräsident Dachverband
Lehrer Schweiz LCH

das Bildungsreformen «am Volk vorbei» beschlossen werden.

Es sind Argumente, wie sie in der Schweiz schon vielerorts zu

hören waren. Und zumindest vor dem Beginn des Abstimmungsreigens in den Kantonen schien es keineswegs in Stein gemeiselt, dass diese Argumente auf derart wenig Anklang stossen würden. Denn die erste Fassung des Lehrplans hatte mit starkem Gegenwind zu kämpfen. Die Lehrplan-Macher reagierten vor ziemlich genau vier Jahren, indem sie nach einer breiten Vernehmlassung eine deutlich abgespeckte Version des Lehrplans in die Kantone schickten.

Lehrer fordern ausreichend Ressourcen

Mittlerweile haben alle Deutschschweizer Kantone die Einführung des Lehrplans beschlossen, und in den meisten wird auch schon mit ihm gearbeitet. 2020 vollzieht mit Aargau der letzte Kanton den Schritt. Für Beat W. Zemp, Zentralpräsident des Schweizer Lehrerverbands (LCH), sind die Kantone auf Kurs. Zemp betont aber auch, dass es «noch einige Baustellen» gebe. Er bemängelt, dass es in gewissen Kantonen an den Res-

ourcen für eine gute Umsetzung mangle, etwa, wenn es um die Weiterbildung geht oder um neue Lehrmittel. «Es gibt Kantone, die glauben, dass nun alles von selbst geht. Das tut es aber nicht», sagt Zemp. Vor diesem Hintergrund sieht er auch die Auflösung der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) kritisch. Die wurde 2011 gegründet, um den Lehrplan 21 möglichst reibungslos einzuführen. Im Oktober haben die beteiligten Kantone beschlossen, die D-EDK per Ende Jahr aufzulösen, weil sie ihre Aufgabe als erledigt betrachten. Zemp sieht das anders, «es braucht in unseren Augen weiterhin eine politische Führung, weil die Einführung nicht von heute auf morgen geht», sagt er.

Stephan Schleiss, Zuger Bildungsdirektor und Präsident der D-EDK, verteidigt den Entschluss. «Die Konferenz hat ihren Zweck erfüllt. Jetzt müssen wir die Kantone arbeiten lassen», sagt Schleiss. Zudem bleibe man im Austausch, einfach auf einer anderen Ebene: jener der drei Regionalkonferenzen.